

Sozialisten auf Westkurs

Ehemalige Milosevic-Partei beschließt Teilnahme an zukünftiger serbischer Regierung. Tadic-Angebot angenommen – Kritik von der Basis

Von Cathrin Schütz

Alle Hoffnungen auf einen Politikwechsel in Serbien sind in der Nacht zum Dienstag zerbrochen. Nach dem Beschluß der Führung der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS), ein Regierungsbündnis mit den »proeuropäischen« Kräften um den amtierenden Präsidenten Boris Tadic einzugehen, steht etwa sechs Wochen nach der vorgezogenen Parlamentswahl einer Regierungsbildung nun nichts mehr im Weg. Der Parteivorstand habe der neuen Orientierung mit überwältigender Mehrheit zugestimmt, erklärte die SPS. Parteichef Ivica Dacic erklärte, die Entscheidung bedeute ein »großartiges Comeback« für die Partei und biete die Chance für einen Neuanfang. Die neue Regierung könnte schon bald gebildet werden, sagte er weiter.

Tadics Demokratische Partei (DS) hatte am Wochenende offiziell Gespräche mit den Sozialisten aufgenommen. Ob es bereits unmittelbar nach den Wahlen neben den offiziellen Koalitionsgesprächen zwischen der SPS und den als »antieuropäische Patrioten« bekanntgewordenen Kräften – gemeint sind die Radikale Partei Serbiens (SRS) und die Demokratische Partei Serbiens (DSS) um den zurückgetretenen Premier Voijislav Kostunica – geheime Parallelverhandlungen gab, wurde nicht bekannt. Fest steht jedoch, daß von außen enormer Druck auf die SPS ausgeübt wurde.

Die als viertstärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangene ehemalige Regierungspartei des im Den Haager Gefängnis verstorbenen Slobodan Milosevic war, was die weitere Politikentwicklung des Landes betrifft, letztlich zum Zünglein an der Waage geworden. Keiner der beiden in der derzeitigen politischen Konstellation scharf verfeindeten Blöcke aus Demokraten und Patrioten war – und ist – ohne die Stimmen der von der SPS geführten Liste in der Lage, Mehrheiten zu erreichen. In den Tagen nach dem Urnengang schien vielen eine Einigung von Radikalen und Kostunica mit der SPS nicht nur möglich, sondern unumgänglich.

Tatsächlich hätte ein derartiges Regierungsbündnis die Lage im Land maßgeblich verändern können. Auf einen Bruch mit der vom Westen diktierten Politik, die seit dem von den USA und der EU gesteuerten und finanzierten Sturz der Regierung unter Milosevic im Oktober 2000 anhält, hatten nicht nur die Wähler der Radikalen und Kostunicas, sondern auch die Wähler der SPS gesetzt. Die Enttäuschung vor allem seitens der sozialistischen Basis dürfte groß sein. Die Partei, die nach dem Umsturz verfolgt wurde und einen Totaleinbruch erlitt, kämpft seitdem um ihr politisches Überleben. Viele vom Lavieren ihrer Führung enttäuschte Anhänger wandten sich schon vor Jahren ab, die meisten Parteigänger wählten trotz massiver ideologischer Differenzen die Radikalen als einzig ernstzunehmende Opposition.

Seit dem Coup gegen Milosevic ließ die SPS politisches Rückgrat vermissen. Nachdem sie sich zunächst massiv von Milosevic distanzierte und sich bei dem Westen verpflichteten Parteien in Serbien anbot, fand sie sich zunächst in der Marginalität wieder. Erst im diesjährigen Wahlkampf versuchte sie, mit einer Politik der vermeintlichen Nähe zu Milosevic zu punkten.

junge Welt 25.06.2008